

Verhaltenskodex für Geschäftspartner

der METRO Deutschland GmbH Metro-Straße 8, 40235 Düsseldorf („METRO“)

Für die METRO AG und ihre verbundenen Unternehmen ist verantwortungsbewusstes Handeln mit Blick auf die Zukunft und die Folgewirkung unserer Geschäfte auf die Gesellschaft und die Umwelt Kernelement der Geschäftsstrategie. Unser allgemeines Werteverständnis haben wir in unserer Werteerklärung veröffentlicht

<https://metroag.de/cr/werteerklaerung>

Von Personen und Unternehmen, die METRO Waren oder Dienstleistungen anbieten („Geschäftspartner“), erwarten wir, dass sie unser Engagement in Bezug auf die dort beschriebenen Inhalte teilen.

In diesem Verhaltenskodex für Geschäftspartner („Verhaltenskodex“) werden die Anforderungen festgelegt, deren Einhaltung METRO von ihren Geschäftspartnern in den Geschäftsbeziehungen mit METRO verbindlich einfordert.

Dieser Verhaltenskodex für Geschäftspartner ist integraler Bestandteil der vertraglichen Vereinbarungen zwischen METRO und dem Geschäftspartner. Er definiert die Mindeststandards in den Bereichen Menschenrechte und Umweltschutz, dessen Einhaltung die Geschäftspartner in der Geschäftsbeziehung mit METRO sicherzustellen haben.

1. Menschenrechte und Arbeitsbedingungen:

a. Keine Kinderarbeit

Es werden keine Kinder beschäftigt, weder direkt noch indirekt, die jünger als 15 Jahre oder nach dem Recht des Beschäftigungsortes schulpflichtig sind. Dies gilt nicht, wenn das Recht des Beschäftigungsortes hiervon in Übereinstimmung mit Art. 2 Abs. 4 sowie Art. 4 bis 8 des ILO Übereinkommens Nr. 138* abweicht. Kinder unter 18 Jahren werden grundsätzlich nicht für Arbeiten eingesetzt, für die Gesundheit, die Sicherheit oder die Sittlichkeit von Kindern schädlich sind oder sein können.

b. Keine Zwangsarbeit

Es werden keine Personen in Zwangs- oder Pflichtarbeit beschäftigt. Dies umfasst insbesondere alle Formen der Sklaverei, sklavenähnlicher Praktiken, Leibeigenschaft oder anderer Formen von Herrschaftsausübung oder Unterdrückung im Umfeld der Arbeitsstätte. Ausgenommen von der Zwangsarbeit sind Arbeits- oder Dienstleistungen, die mit Art. 2 Abs. 2 des

Code of Conduct for Business Partners

of METRO Deutschland GmbH Metro-Straße 8, 40235 Düsseldorf (“METRO“)

Acting responsibly with a view to the future and the impact that business has on society and the environment is a core element of our business strategy at METRO AG and its affiliated companies. We published our general understanding of values in our Declaration of Values

<https://metroag.de/cr/value-statement>

We expect individuals and companies who provide goods or services to METRO (“Business Partners“) to share our commitment to the content described therein.

This Code of Conduct for Business Partners (“Code of Conduct“) sets out the requirements that METRO demands its business partners to comply with in their business relations with METRO.

This Code of Conduct for Business Partners is an integral part of the contractual agreements between METRO and the business partner. It defines the minimum standards in the areas of human rights and environmental protection, compliance with which the business partners must ensure in the business relationship with METRO.

1. Human rights and working conditions

a. No child labour

No children (i) younger than 15 years of age or (ii) who are of compulsory school age according to the law applicable at the place of employment may directly or indirectly be employed to work.

This does not apply if the law applicable at the place of employment deviates from this in accordance with Art. 2 (4) and Art. 4 to 8 of the ILO Convention No. 138*.

As a matter of principle, children under the age of 18 shall not be employed in work that is or may be harmful to the children’s health, safety or morals.

b. No forced labour

No persons shall be employed in forced or compulsory labour. This specifically includes all forms of slavery, slave-like practices, servitude, or other forms of domination or oppression in the workplace environment.

Labour or services which are compatible with Article 2, paragraph 2 of ILO Convention No. 29* or with Article

IAO Übereinkommens Nr. 29* oder mit Art. 8 b und c des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte* vereinbar sind.

c. Arbeitsschutz

Alle nach dem Recht des Beschäftigungsortes geltenden Pflichten des Arbeitsschutzes werden eingehalten.

d. Koalitionsfreiheit

Die Koalitionsfreiheit nach dem Recht des Beschäftigungsortes wird geachtet. Arbeitnehmer werden nicht behindert, sich frei zu Gewerkschaften zusammenzuschließen, diesen beizutreten oder Mitglied einer solchen zu sein. Die Gründung, der Beitritt und die Mitgliedschaft zu einer Gewerkschaft wird nicht als Grund für ungerechtfertigte Diskriminierungen oder Vergeltungsmaßnahmen genutzt. Gewerkschaften dürfen sich in Übereinstimmung mit dem Recht des Beschäftigungsortes frei betätigen; dieses umfasst das Streikrecht und das Recht auf Kollektivverhandlungen.

e. Keine Ungleichbehandlung in Beschäftigung

Mitarbeitenden werden ungeachtet von nationaler und ethnischer Abstammung, sozialer Herkunft, Gesundheitsstatus, Behinderung, sexueller Orientierung, Alter, Geschlecht, politischer Meinung, Religion oder Weltanschauung gleichbehandelt, sofern die Art der Beschäftigung kein Erfordernis für eine Ungleichbehandlung begründet.

f. Zahlung angemessener Löhne

Mitarbeitenden wird ein angemessener Lohn gezahlt. Angemessener Lohn ist mindestens der nach dem anwendbaren Recht festgelegte Mindestlohn und bemisst sich ansonsten nach dem Recht des Beschäftigungsortes.

g. Keine Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen durch Umweltverunreinigungen

Es werden keine schädlichen Bodenveränderungen, Gewässerverunreinigungen, Luftverunreinigungen, schädliche Lärmemissionen oder übermäßiger Wasserentnahmen vorgenommen, die dazu führen, dass (i) die natürlichen Grundlagen zum Erhalt und der Produktion von Nahrung erheblich beeinträchtigt, (ii) der Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser verwehrt oder (iii) der Zugang zu Sanitäreinrichtungen erschwert oder zerstört werden oder (iv) die Gesundheit einer Person geschädigt wird.

h. Keine Widerrechtliche Verletzung von Landrechten

8 b and c of the International Covenant on Civil and Political Rights* shall not be deemed forced labour.

c. Occupational health and safety

All occupational health and safety obligations applicable under the laws of the place of employment shall be complied with.

d. Freedom of association

Freedom of association under the law of the place of employment shall be respected. Employees shall not be hindered from freely forming, joining or being members of labor unions. The formation, joining and membership of a trade union shall not be used as grounds for unjustified discrimination or retaliation. Unions shall be free to operate in accordance with the law of the place of employment which includes the right to strike and the right to collective bargaining.

e. No unequal treatment in employment

Employees must be treated equally regardless of national and ethnic origin, social origin, health status, disability, sexual orientation, age, gender, political opinion, religion or belief, unless the nature of the employment creates a requirement for unequal treatment.

f. Payment of appropriate wages

Employees shall be paid appropriate wages. Appropriate wages shall be at least the minimum wage established by applicable law and shall otherwise be determined by the law of the place of employment.

g. No destruction of natural resources through environmental pollution

There shall be no harmful soil alteration, water pollution, air pollution, harmful noise emissions, or excessive water consumption that lead to (i) a significant impairing of the natural bases for obtaining and producing food, (ii) denying a person access to safe drinking water, or (iii) impeding or destroying a person's access to sanitary facilities, or (iv) harming the health of any person.

h. No unlawful violation of land rights

Beim Erwerb, der Bebauung oder anderweitigen Nutzung von Land, Wäldern und Gewässern werden Land, Wälder oder Gewässer, deren Nutzung die Lebensgrundlage einer Person sichert, nicht widerrechtlich entzogen. Es werden keine widerrechtlichen Zwangsmaßnahmen vorgenommen.

i. Schulung und Kontrolle eingesetzter Sicherheitskräfte

Sicherheitskräfte, die zum Schutz unternehmerischer Projekte eingesetzt werden, werden so unterweisen und kontrolliert, dass diese beim Einsatz weder Folter noch grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung durchführen, noch Leib oder Leben verletzen oder die Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit beeinträchtigen.

Auch jedes sonstige Verhalten, das geeignet ist, die in Ziffer 1a. bis 1i. genannten Rechtsgüter in besonders schwerwiegender und offensichtlich rechtswidriger Weise zu beeinträchtigen, ist nicht gestattet.

2. Umweltschutz

a. Verwendung oder Herstellung von quecksilberhaltigen Produkten

Es werden keine mit Quecksilber versetzten Produkten gemäß Art. 4 Abs. 1 und Anlage A Teil I des Minamata-Übereinkommens* hergestellt. Quecksilber oder Quecksilberverbindungen werden bei Herstellungsprozessen im Sinne des Art. 5 Abs. 2 und Anlage B Teil I des Minamata-Übereinkommens* nicht verwendet. Quecksilberabfälle werden gemäß den Bestimmungen des Art. 11 Abs. 3 des Minamata-Übereinkommens* behandelt.

b. POPs-Chemikalien

Es werden keine Chemikalien nach Art. 3 Abs. 1 Buchstabe a und Anlage A des POPs-Übereinkommens* produziert oder verwendet. Abfälle gem. den Regelungen, die in der anwendbaren Rechtsordnung nach den Maßgaben des Art. 6 Abs. 1, d, i und ii des POPs-Übereinkommens* gelten, sind umweltgerecht zu handhaben, zu sammeln, zu lagern und zu entsorgen.

c. Ein- und Ausfuhr gefährlicher Abfälle

Gefährliche Abfälle gem. Art 1. Abs. 1 und andere Abfälle gem. Art. 1 Abs. 2 des Basler Übereinkommens* und gem. der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verbringung von Abfällen* werden nicht ausgeführt

In the acquisition, development, or other use of land, forests, or waters there shall be no unlawful taking of land, forests, or waters the use of which provides a person's livelihood. There shall be no unlawful evictions.

i. Training and control of employed security forces

Security forces deployed to protect entrepreneurial projects shall be instructed and controlled in such a way that they refrain from using any form of torture, cruel, inhuman, or degrading treatment and that they do not harm a person's life or limb or interfere with their freedom of association and labour.

Also prohibited is any other conduct likely to impair the legally protected rights mentioned in items 1a. to 1i. above in a particularly serious and obviously unlawful manner.

2. Protection of the environment

a. Use of or production of products containing

No products containing mercury pursuant to Art. 4 (1) and Annex A Part I of the Minamata Convention* shall be manufactured. Mercury or mercury compounds are not used in manufacturing processes as defined in Art. 5 (2) and Annex B Part I of the Minamata Convention*. Mercury waste shall be treated in accordance with the provisions of Article 11 (3) of the Minamata Convention*.

b. Persistent Organic Pollutants (POPs)

Chemicals as defined in Article 3 (1) (a) and Annex A of the POPs Convention* shall neither be produced nor used.

Waste in accordance with the regulations in force in the applicable jurisdiction under the provision of Article 6 (1) d, i and ii of the POPs Convention* must be handled, collected, stored and disposed of in an environmentally sound manner.

c. Import and export of hazardous waste

Hazardous waste as defined in Article 1 (1) and other waste as defined in Article 1 (2) of the Basel Convention* and in Regulation (EC) No. 1013/2006 of the European Parliament and of the Council on shipments of waste* shall not be exported to

- in ein Land, das Vertragspartei des Basler Übereinkommen ist und die Einfuhr verboten hat,
- in einen Einfuhrstaat iSd Art. 2 Nr. 11 Basler Übereinkommen*, der keine schriftliche Einwilligung zu der bestimmten Einfuhr gegeben hat oder
- in ein Land, das nicht Vertragspartei des Baseler Übereinkommens ist, oder
- in einen Einfuhrstaat, wenn solche gefährlichen Abfälle oder andere Abfälle in diesem Staat oder anderswo nicht umweltgerecht behandelt werden.

Gefährliche Abfälle von in Anlage VII des Basler Übereinkommens* aufgeführten Staaten werden nicht in Staaten ausgeführt, die nicht in Anlage VII aufgeführt sind Art. 36 der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006*. Gefährlichen Abfälle und andere Abfälle aus einer Nichtvertragspartei des Basler Übereinkommens werden nicht eingeführt.

3. Strukturen zur Einhaltung des Verhaltenskodex

Es werden Strukturen und Systeme etabliert, die es ermöglichen, die Einhaltung der Verpflichtungen aus diesem Verhaltenskodex sicherzustellen.

4. Überprüfung der Einhaltung des Verhaltenskodex

METRO ist berechtigt, die Einhaltung der Regelungen und Anforderungen aus diesem Verhaltenskodex durch jährliche bzw. anlassbezogene Einholung einer Selbstauskunft zu überprüfen. Die dort gestellten Fragen sind wahrheitsgemäß zu beantworten.

In Verdachtsfällen einer Verletzung dieses Verhaltenskodex ist METRO berechtigt, in Abstimmung mit dem Geschäftspartner Audits beim Geschäftspartner durchzuführen oder durch externe Expertendurchführungen zu lassen.

5. Verstöße gegen den Verhaltenskodex durch Geschäftspartner

Dieser Verhaltenskodex ist integraler Bestandteil der vertraglichen Vereinbarungen zwischen METRO und dem jeweiligen Geschäftspartner. Jeder Verstoß stellt eine Beeinträchtigung der vertraglichen Beziehung mit dem Geschäftspartner dar.

a. Information der Mitarbeitenden

Mitarbeitende sind auf eine leicht verständliche Art und Weise über die Rechte und Pflichten, die sich aus diesem Verhaltenskodex ergeben, zu informieren und auf die Möglichkeit der Meldung von Risiken und Verstößen direkt an METRO hinzuweisen. Meldungen

- a country that is a party to the Basel Convention and has prohibited the importation,
- an importing country as defined in Art. 2 No. 11 of the Basel Convention* which has not given its written consent to the specific import, or
- a country that is not a Party to the Basel Convention, or
- an importing country, if such hazardous waste or other waste is not managed in an environmentally sound manner in that country or elsewhere.

Hazardous wastes from countries listed in Annex VII of the Basel Convention* shall not be exported to countries not listed in Annex VII Art. 36 of Regulation (EC) No 1013/2006*. Hazardous wastes and other wastes from a non-Party to the Basel Convention shall not be imported.

3. Structures for compliance with the Code of Conduct

Structures and systems shall be established to ensure compliance with the obligations under this Code of Conduct.

4. Controlling compliance with the Code of Conduct

METRO is entitled to verify compliance with the regulations and requirements of this Code of Conduct by means of an annual or event-related survey of its business partners. The questions must be answered fully and truthfully.

In the event of suspected violations of this Code of Conduct, METRO is entitled, in consultation with the business partner, to conduct audits at the business partner's premises or have them conducted by external experts.

5. Violations of the Code of Conduct by business partners

This Code of Conduct is an integral part of the contractual agreements between METRO and the respective business partner. Any violation constitutes an impairment of the contractual relationship with the business partner.

a. Information to employees

Employees shall be informed in an easily comprehensible manner about the rights and obligations arising from this Code of Conduct and they shall be made aware of the possibility to report risks and violations

können über das Hinweisgeber-/ Beschwerdesystem gem. Ziffer 7 erfolgen.

b. Auskunft

Verstöße gegen diesen Verhaltenskodex sind METRO zu melden, soweit nicht zwingende Gründe einer Offenlegung entgegenstehen. Die Mitteilung erfolgt unter Wahrung der berechtigten Interessen des Geschäftspartners (oder ggf. dessen Geschäftspartnern), der Rechte von Mitarbeitenden, des Datenschutzes sowie des Schutzes von Geschäftsgeheimnissen.

Darüber hinaus ist METRO berechtigt, bei begründetem Verdacht auf Nichteinhaltung der Anforderungen, die sich aus diesem Verhaltenskodex ergeben, vom Geschäftspartner Auskunft über den entsprechenden Sachverhalt zu verlangen. Der Geschäftspartner ist verpflichtet, die entsprechende Auskunft zu erteilen, soweit nicht zwingende Gründe einer Auskunftserteilung entgegenstehen. In diesem Fall hat der Geschäftspartner die Gründe darzulegen.

c. Präventiv- und Abhilfemaßnahmen

Sofern sich eine konkrete Gefahr einer Verletzung der nach Ziffer 1 oder 2 dieses Verhaltenskodex geschützten Rechtspositionen seitens des Geschäftspartners ergibt bzw. eine Verletzung eintritt, hat der Geschäftspartner unverzüglich ein Konzept mit geeigneten Maßnahmen zur Beendigung oder Minimierung der Verletzung bzw. des Risikos einschließlich einem Zeitplan für die Umsetzung vorzulegen und entsprechend umzusetzen. Der Geschäftspartner wird METRO über den Fortschritt der Umsetzung regelmäßig an berichten.

METRO ist berechtigt, die Umsetzung sowie Wirksamkeit der Maßnahmen einmal jährlich sowie anlassbezogen zu überprüfen.

d. Kündigungsrecht

Unbeschadet anderer vereinbarter Kündigungsregelungen behält sich METRO das Recht vor, die Vertragsbeziehungen teilweise oder vollständig außerordentlich fristlos zu kündigen, wenn der Geschäftspartner den Verhaltenskodex nachweislich nicht erfüllt oder die erforderlichen angemessenen Präventiv- oder Abhilfemaßnahmen zur Reduzierung eines Risikos einer Verletzung bzw. zur Behebung einer Verletzung trotz angemessener Fristsetzung nicht umsetzt. Im Fall eines schwerwiegenden Verstoßes gegen diesen Verhaltenskodex, bei dem METRO nicht ernsthaft zugemutet werden kann, weiter an der Vertragsbeziehung mit dem Geschäftspartner festzuhalten, ist eine vorherige Abmahnung entbehrlich.

directly to METRO. Reports can be made via the whistleblowing /complaint system according to section 7.

b. Information to METRO

Violations of this Code of Conduct shall be reported to METRO unless compelling reasons prevent disclosure. The notification shall be made while safeguarding the legitimate interests of the business partner (or, if applicable, the latter's business partners), the rights of employees, data protection and the protection of business secrets.

In the event of justified suspicion of non-compliance with the requirements arising from this Code of Conduct on the part of the business partner, METRO shall be entitled to request information on the relevant facts. The business partner is obligated to provide the relevant information unless there are compelling reasons for not providing the information. In this case, the business partner shall explain the reasons.

c. Preventive measures and remedial action

If a concrete risk of a violation of the legal positions protected under section 1 or 2 of this Code of Conduct on the part of the business partner arises or a violation occurs, the business partner shall immediately submit a concept with suitable measures to end or minimize the violation or risk, including a time schedule for implementation, and implement them accordingly. The business partner shall regularly report to METRO on the progress of the implementation.

METRO is entitled to review the implementation and effectiveness of the measures once a year as well as on an ad hoc basis.

d. Right of termination

Notwithstanding any other agreed termination provisions, METRO reserves the right to terminate the contractual relationship in part or in full without notice, if the business partner demonstrably fails to comply with the Code of Conduct or fails to implement the required reasonable preventive or remedial measures to reduce a risk of a breach or to remedy a breach despite being given a reasonable period of time to do so. In the event of a serious violation of this Code of Conduct, where METRO cannot seriously be expected to continue to maintain the contractual relationship with the business partner, a prior warning is not required.

6. Weitergabe der Verpflichtungen aus dem Verhaltenskodex

Der Geschäftspartner wird zumutbare und erforderliche Anstrengungen unternehmen, um die Einhaltung der in diesem Verhaltenskodex festgelegten Grundsätze und Anforderungen in angemessener Weise bei seinen Zulieferern, die für die an METRO gelieferten Waren oder Dienstleistungen relevant sind, sicherzustellen. Dies gilt insbesondere für die Weitergabe der Informationen zum Hinweisgebersystem gemäß Ziffer 7 dieses Verhaltenscodex.

7. Hinweisgeber-/ Beschwerdesystem

Unter <https://metro.speakup.report/compliance> können Hinweise auf menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken sowie auf die Verletzung menschenrechtsbezogener oder umweltbezogener Pflichten, die insbesondere durch das Handeln von METRO oder deren unmittelbaren Geschäftspartnern entstanden sind, vertraulich und anonym gemeldet werden.

6. Passing on the obligations under this Code of Conduct

The business partner shall make all reasonable and required efforts to ensure that his suppliers that are relevant in the supply of goods and services to METRO will comply in an appropriate way with the principles and requirements set forth in this Code of Conduct. This applies, in particular, to informing about the whistleblowing system in accordance with item 7 of this Code of Conduct.

7. Whistleblowing / complaint system

At <https://metro.speakup.report/compliance> information can be reported confidentially and anonymously on human rights and environmental risks as well as on the violation of human rights-related or environmental obligations, which have arisen in particular through the actions of METRO or its direct business partners.

Bestätigung des Geschäftspartners /Confirmation of Business Partner

Ort, Datum / place, date

Firmierung / company name

Lief.-Nr.

Lief.-Name

Lief.-Adresse

Unterschriften /signatures:

Namen /names:

Referenzen:

Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz BGBl. 2021 I S. 2929, 2959
Übereinkommen Nr. 29 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 28. Juni 1930 über Zwangs- oder Pflichtarbeit („ILO-Übereinkommen Nr. 29“) BGBl. 1956 II S. 640, 641
Übereinkommens Nr. 138 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 26. Juni 1973 über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung („ILO-Übereinkommen Nr. 138“) BGBl. 1976 II S. 201, 202
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte https://www.zivilpakt.de/internationaler-pakt-ueber-buergerliche-und-politische-rechte-355/
Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom (14. Juni 2006) über die Verbringung von Abfällen https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32006R1013&from=DE
Übereinkommen von Minamata vom 10. Oktober 2013 über Quecksilber („Minamata-Übereinkommen“) BGBl. 2017 II S. 610, 611
Stockholmer Übereinkommen vom 23. Mai 2001 über persistente organische Schadstoffe; zuletzt geändert durch den Beschluss vom 6. Mai 2005 („POPs-Übereinkommen“) BGBl. 2002 II S. 803, 804 ; BGBl. 2009 II S. 1060, 1061
Basler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung vom 22. März 1989; zuletzt geändert durch die Dritte Verordnung zur Änderung von Anlagen zum Basler Übereinkommen vom 22. März 1989 vom 6. Mai 2014 („Basler Übereinkommen“) BGBl. 1994 II S. 2703, 2704 ; BGBl. II S. 306/307

References:

Act on Corporate Due Diligence in Supply Chains BGBl. 2021 I S. 2929, 2959 https://www.csr-in-deutschland.de/SharedDocs/Downloads/EN/act-corporate-due-diligence-obligations-supply-chains.pdf
Convention No. 29 of the International Labor Organization of June 28, 1930 concerning Forced or Compulsory Labor ("ILO Convention No. 29") BGBl. 1956 II S. 640, 641
International Labor Organization Convention No. 138 of June 26, 1973 concerning Minimum Age for Admission to Employment ("ILO Convention No. 138") BGBl. 1976 II S. 201, 202
International Covenant on Civil and Political Rights https://treaties.un.org/doc/treaties/1976/03/19760323%2006-17%20am/ch_iv_04.pdf
Regulation (EC) No. 1013/2006 of the European Parliament and of the Council of (14 June 2006) on shipments of waste Regulation) https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32006R1013&from=DE
Minamata Convention on Mercury of October 10, 2013 ("Minamata Convention") BGBl. 2017 II S. 610, 611
Stockholm Convention on Persistent Organic Pollutants of May 23, 2001; last amended by the decision of May 6, 2005 ("POPs Convention") BGBl. 2002 II S. 803, 804 ; BGBl. 2009 II S. 1060, 1061
Basel Convention on the Control of Transboundary Movements of Hazardous Wastes and their Disposal of 22 March 1989; last amended by the Third Ordinance amending Annexes to the Basel Convention of 22 March 1989 of 6 May 2014 ("Basel Convention") BGBl. 1994 II S. 2703, 2704 ; BGBl. II S. 306/307